

Nassauer Anzeiger



Amtliches Organ

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Scheuern.

Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Bezugspreis:
Vierteljahr 450 M. mit Bringerlohn.
Escheint dreimal:
Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Filialen in: Bergnassau-Scheuern, Sulzbach, Schweighausen, Oberhof, Uttenhausen, Hömberg, Elsenhütte.
Telegramme: Buchdruckerei Nassau-Lahn.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Vorlage 40 Pf.
Die Reklamezeile 150 Pf.

Fernsprechanschluß Nr. 24.

Nr. 52 | Druck und Verlag:
Buchdr. Heinz Müller, Nassau (Lahn).

Samstag, 8. Mai 1920.

Verantwortung:
Arthur Müller, Nassau (Lahn).

43. Jahrg.

Die Kapitalertragsteuer.

Unter den Steuern, die eben im Reichsgesetzblatt veröffentlicht wurden, befindet sich auch die neue Kapitalertragsteuer. Sie ist bekanntlich gedacht als eine Ergänzung zu der Einkommensteuer und soll das sogenannte jundizierte Einkommen, das Einkommen aus Kapitalbesitz vorbelassen, ähnlich wie dies früher in roher Weise die Vermögenssteuer in Preußen getan hat. Die Steuer beträgt 10 Prozent des Kapitalertrags. Eine Stoßzahlung findet bei dieser Steuer nicht statt. Das eigentlichste an der Kapitalertragsteuer ist nun, daß sie im allgemeinen nicht von denjenigen zu zahlen ist, welche die Zinsen empfangen, sondern von dem Schuldner. Damit ist eine Erhebungsort in neuer Steuerweise eingefügt worden, die man bisher in Deutschland nicht kannt hat. Wir sind in Deutschland gewohnt, daß bei den großen direkten Steuern der Steuerzettel ins Haus gebracht wird, und der Steuerpflichtige dann eine Erklärung abgibt, wieviel Einkommen oder Vermögen er besitzt. In England kennt man eine Erhebung der Steuer an der Quelle schon seit langem: Dort werden im Rahmen der Einkommensteuer alle die Beträge, die aus dem Kapital usw. fließen, gleich beim Schuldner erfaßt und dem Gläubiger wird nun der um die Steuer gescürzte Betrag zugewiesen. Dieses System hat zur Folge, daß die Steuerunterziehung außerordentlich viel schwerer ist als bei den auf Steuererklärung beruhenden Steuern. Bei der Kapitalertragsteuer ist es nun eine verhältnismäßig leichte Sache, die Steuer sofort beim Schuldner zu erheben. Derjenige, der eine Kapitalrente einem Dritten zu zahlen hat, muß 10 Prozent der entsprechenden Summe direkt an das Finanzamt abführen, erhält dort eine Bescheinigung über die gezahlte Steuersumme und muß dann diese Bescheinigung dem Gläubiger zuführen. Auf diese Weise wird der Kapitalertrag jeweils um 10 Prozent geschränkt, und das Reich kommt verhältnismäßig leicht und vor allem sicher zu seiner Steuer. Bei Erfüllung ans Aktien usw. ist die Sache noch viel einfacher, indem die Dividenden oder Zinscheine nur in dem gekürzten Betrag ausgezahlt werden. Wichtig ist dabei noch doch durch eine solche an der Quelle erhobene Steuer auch jene Kapitalerträge erfaßt werden, die ins Ausland fließen. Hat also jemand Kapital ins Ausland geschickt, z. B. deutsche Aktien usw. und dort bei einer ausländischen Bank hinterlegt, so kann er dadurch der Kapitalertragsteuer nicht entkommen.

Damit nun die Gläubiger es nicht versuchen, durch entsprechende Verträge gegenüber ihren Schuldner, den letzten die Steuer aufzuwälzen, bestimmt der § 8 des Gesetzes, daß eine Vereinbarung, wonach der Schuldner die Steuer zugunsten des Gläubigers übernimmt, wichtig sein soll.

Die Kapitalertragsteuer wird verhältnismäßig hohe Beträge bringen; natürlich ist auch hier eine gewisse Zeit notwendig, bis sie sich einfüht. Vor allem wird es anfangs immer wieder Fälle geben, in denen die Schuldner, die ja die Steuer zu erlegen haben, über den Inhalt des Gesetzes nicht genügend unterrichtet sind. Da bei dieser Steuer eine direkte Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung usw. nicht erfolgt, so ist eine entsprechende Auskündigung des Publikums besonders wichtig.

Ein gesalzenes Fischgeschäft.

60 Millionen Verlust.

Die Zeitung "Deutsche Seefahrt" erzählt von dem Anlauf grüner Heringe in Norwegen durch die Reichsfischfalle wie folgt:

Sie kostete zweimalhunderttausend Krüppel mit zirka 190 Pfund pro Kiste zu einem Preis von 33 Kronen pro Kiste. Die Heringe waren noch nicht gefangen. Sie schwammen noch! Schon die nächsten Tage drohte eine Katastrophe von noch nie degefeierten Umfang: es vollzogen sich derartige Riesenhänge, daß die jetzt gewordene Ware schon mit 2 Kronen pro Kiste verlust wurde! Nicht genug damit, daß die Reichsfischverwaltung G. m. b. H. bzw. ihre Tochtergesellschaft, die Reichsbergingseinheit G. m. b. H. in Altona, die Kiste mit 33 Kronen bezahlte, liehen die Norweger, da sie von Lieferungsterminen bereit waren. Dampfer mit Dampfer mit den leicht verderblichen grünen Heringen nach Deutschland laufen. Die Reichsbergingseinheit G. m. b. H. erlaubte einen Entsehen. Sie ließ die Verkaufspreise fallen, um sieben einen Verlust zu erleiden, als mit dem Abzug ins Stocznia zu geraten. Es nutzte nichts. Sie erhöhte die Preise weiter. Es verschlug nichts. Die eingeschlossenen Winde des Deutschen Reiches waren mit grünen Heringen behaftet. Alle Absatzländer der Fischerei waren verschöpft — und es kamen immer noch neue mit grünen Heringen beladene Dampfer aus Norwegen. Die grünen Heringe-einfuhr G. m. b. H. verzweigte. Sie griff zum einzigen Prädikativmittel: sie salzte, salzte, salzte. Deshalb wurden die Heringe gesalzt. Sie wurden matschig. Sie wurden geräuchert. Als "Makrelensüßlinge" fanden sie auf den Markt und wurden für manchen Wokandler sehr zum Anziehen. Die ½ Pfund schweren Tiere waren zu teuer. Alle Kühlhäuser waren überfüllt, wo solche nicht vorhanden waren, standen die Makrelensüßlinge im Himmel. Die Periode der "Makrelensüßlinge" wird den Händler noch lange in schmerzlicher Erinnerung bleiben. Und der Fischbergingseinheit G. m. b. H. noch länger... Der Kaufpreis einer einzelnen Kiste auf 23 Kronen festgesetzt worden. Die Preise lagen wo-

ren schon nach dem Beginn der Hänge auf 2 Kronen gefallen. Konzentriert man aber schon einen Preis von 1,5, ja sogar 10 Kronen pro Kiste, so ergibt die Rechnung bei 200 000 Krüppeln: $23 \times 200\,000$ gleich 4 600 000 Kronen oder nach dem jetzigen Stand der Valuta zirka 60 Millionen Mark Verlust. Diesen Verlust wird das deutsche Volk zu tragen haben, weil ein verlustreicher Vertreter höchstens als sie noch schwammen, weil er keine Lieferungsfristen vereinbart und weil er die Preise der Marktlage ignorierte.

Die Haare stehen einem zu Berg, wenn man das sieht. Hoffentlich föhrt die Regierung diese Dinge reiflos auf und macht dem Volle Mitteilung von dem Ergebnis.

Volkswirtschaftliches.

Die Ablieferungsprämie. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat verkündigt, daß für zu Saatzwecken geliefertes Brotaufgetreide und Gerste die Ablieferungsprämie ebenfalls gezahlt wird. Die noch zu zahlende Prämie beträgt für Wintersaatgetreide 300 M., für Sommersaatgetreide 100 M. die Tonne. Für das Sommersaatgetreide werden 100 M. gezahlt, da bei Festsetzung der Höchstpreise 200 M. von der in der Verordnung vom 18. Dezember 1919 vorgegebenen Ablieferungsprämie bereits eingerechnet sind.

Die deutschen Kohlenlieferungen. Die Verhandlungen, die zwischen Vertretern Frankreichs, Hollands und Deutschlands über die deutschen Kohlenlieferungen an Holland geführt worden sind, sind, wie der Koblenzkommission der Entente aus Essen mitgeteilt wird, damit beendet, daß Frankreich und Italien eingewilligt haben, die Menge der auf Grund des Friedensvertrages zu liefernden Kohlen zu verringern. Aber auch die so reduzierte Menge, auf deren Sicherung Frankreich und Italien bestehen, könnte erst von Deutschland gelöst werden, wenn die deutsche Kohlenproduktion mindestens um ein Drittel erhöht werde. Da Frankreich erklärt hat, daß es auf die ihm zustehende Menge mit aller Bestimmtheit rechte und auch die notwendigen Maßnahmen für den Verstand der Kohlen selbst treffen wird, so ist es Deutschland unmöglich, noch Kohlen an Holland oder andere neutrale Länder weiter zu liefern.

Der Reichswirtschaftsrat. Bedeutlich hat vor einigen Tagen der Reichsrat die Bildung des Reichswirtschaftsrates in der Form beschlossen, wie sie vom Reichswirtschaftsministerium vorgeschlagen war. Der Reichswirtschaftsrat soll bestimmungsgemäß innerhalb zweier Monate nach Inkrafttreten der Verordnung zusammentreten. Nieber seine Zusammensetzung erfährt die "Deutsche Allgemeine Zeitung" an einer anderen Stelle, daß ihm u. a. 62 Industrievertreter angehören werden. Von diesen werden 20 nach territorialen Gesichtspunkten nominiert, je 2 Arbeitgeber und Arbeitnehmer vom Reichskohlenrat, je einer vom Reichskalirat präsentiert.

Reichskohlenrat. Am 11. und 12. d. M. findet in Berlin die Sitzung des Reichskohlenrates statt, die vorausichtlich eine eingehende Erörterung der Kohlenwirtschaft bringen wird. Besonders stehen die Brennstoffversorgerkreise und der Handelskreis zur Verfügung.

Landwirtschaftliches.

Verkehr mit künstlichem Dünger. Der Nationalversammlung ist der Entwurf einer Verordnung zugegangen, dem außer bei den Erzeugern und Händlern mit künstlichen Düngemitteln auch in Landwirtschaftskreisen großes Interesse entgegengebracht werden darf. Es soll zur Überwachung der Verordnung über den Verkehr mit künstlichen Düngemitteln ein "Kiel dün" gegründet werden. Dies soll die Überwachung und Durchführung aller über künstliche Düngemittel erlossenen Vorschriften und gegebenenfalls auch die Regelung des Verkaufs und des Handels mit diesen Düngemitteln übernehmen. Das Reichsdüngungsmittelamt soll dem Reichsnährungsminister unterstellt werden, und soll sich zusammenstellen aus Vertretern der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels. Das Reichsdüngungsmittelamt soll berechtigt sein, bei allen Erzeugerwerken von künstlichen Düngemitteln sowie bei Genossenschaften und Händlern, die damit handeln, die Erzeugung und den Absatz der Düngemittel zu prüfen und alle Unterlagen zur Prüfung zu verlangen. Ferner soll es das Recht haben, die Schließung unzuverlässiger Betriebe zu verlangen oder selbst vorzunehmen; beispielsweise die Geldstrafen, welche in den Verordnungen über den Verkehr mit künstlichen Düngemitteln, sowie in den von ihm selbst erlassenen Verordnungen vorzusehen sind, festzulegen; ferner kann es die Einziehung der Gegenstände anordnen, auf die die strafbare Handlung sich bezieht. Außerordnungen gegen die von dem Reichsdüngungsmittelamt auf Grund dieser Verordnung erlassenen Bestimmungen, sowie alle Handlungen, welche eine Nachprüfung oder Beaufsichtigung durch das Reichsdüngungsmittelamt oder durch deren Beamte oder Beauftragte zu verhindern geeignet sind, werden mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe können die Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht. Die Betriebsunternahmen und Geschäftsführer können die in ihren Diensten stehenden Angestellten oder sonstigen Personen haftbar gemacht werden.

Gerste Mir Schweine. Wie uns von amtlicher Seite mitgeteilt wird, kann eine Abgabe von Gerste an solche Schweinezüchter die selbst keine Gerste erzeugen, nicht in Frage kommen. Für derartige Abgabe wären rund 51 400 Tonnen Gerste notwendig. Da die Anlieferungen an Brotaufgetreide immer noch gering sind, und die ebenfalls knappen Gersteingänge nahezu ausschließlich zur Brothaferstellung verwendet werden müssen, kann die Reichsregierung diese dem mehrfach geäußerten Wunsche der Zuchtbauernbesitzer, die nicht Gersteerzeuger sind, sie mit Gerste zu beliefern, nicht entgegenkommen.

Kleine Chronik.

Weinwucher. Vor dem Wuchergericht in Frankfurt haben sich 11 Weinhandler wegen Reitbandels zu verantworten. Die zu 8400 Mark angelaufene 19 Huber Rotwein sind durch die Tätigkeit der Angeklagten schließlich auf 79 900 Mark verteuert worden. Der Hauptangeklagte, Weinhandler Schönthal, erhielt 4 Wochen Gefängnis und 30 600 Mark Geldstrafe. Von 8400 auf 79 900 ist einfach eine Schande!

Eisenfunde. Bei Osterwieck im Harz wurden große Eisenvorräume festgestellt. Eine westfälische Industriegesellschaft begann sofort mit dem Bau eines Stollen um die Abbaufähigkeit festzustellen.

Eisenbahndiebstähle. Der Überwachungsausschuß bei der Kreisauer Eisenbahndirektion gelang es im Verein mit der Ortspolizeibehörde in Neulrich bei Breslau die größeren Umfangs aufzudecken. Es handelt sich um bandenmäßige Plünderungen aus zwischen Hochborn und Neulrich fahrenden Gütern. Bisher sind drei Eisenbahnbetriebsteile verhaftet. An den Plünderungen sind außerdem beteiligt bzw. durch Gehilfen mitshuldig ein Schrankenwärter und sechs Privatpersonen. Das gestohlene Gut konnte nur im Wert von dreitausend Mark beschlagnahmt und gehoben werden, da die Bandendiebstähle schon seit Ende Dezember v. J. ausgeübt werden und die geraubten Gegenstände, meistens Stoffe, Leinwand und sonstige Kleidungsstücke von den Dieben sofort verkauft worden waren.

Kuriosum. Aus Berlin wird berichtet: Ein Auto, in dem sich Admiral Ortmann, der Vorsitzende der Marin-Kontrollkommission mit seiner Gemahlin, seiner Tochter und dem Adjutanten Oberleutnant Kraus, befanden, erlitt einen Achsenbruch und überstieg sich. Die Insassen wurden beurteilt und überstieg sich. Admiral Ortmann wurde ziemlich schwer, sein Adjutant etwas leichter verletzt, während die Gattin des Admirals unverletzt blieb und die Tochter leicht verletzt wurde.

Kassenraub. In Mainz haben Einbrecher aus der Bahnhofslässe 350 000 Mark gestohlen, die für Lohnzahlungen bestimmt waren.

Eine neue Krankheit. Aus Halle wird berichtet: In wenigen Tagen hat in Auerbach (Provinz Sachsen) eine höchstartige Epidemie eine große Anzahl von Opfern gefordert. Die Krankheit beginnt mit Grippeerscheinungen, an die sich Bauchschmerzen anschließen. Dies geschiebt meist am dritten oder vierten Tage des Krankens, an dem auch bisher die meisten Todesfälle eingetreten sind.

Eine neuartige Steuer. Die Tempelhofer Gemeindevertretung beschäftigte sich in der letzten Sitzung mit der vom Gemeindevorstand neu eingebrachten Betriebsversteuerungsssteuer. Die neue Steuer soll die Eröffnung jedes in der Gemeinde angemeldeten Gewerbebetriebs mit bestimmten Sätzen belegen. Beabsichtigt ist, Gewerbetreibende ohne Personal von der Steuer zu befreien. Die Gemeindevertretung beschloß, die neue Steuerordnung durch einen Ausschuß einer weiteren Prüfung zu unterziehen.

Keine verbilligten Fahrten. Wie wir hören, lehnt das Reichsverkehrsministerium aus finanziellen und demokratischen Gründen die Bewilligung von Anträgen auf Fahrpreisermäßigungen in Zukunft für alle Fälle ab. Auch ist nicht beabsichtigt, Sonderzüge im Sommer zu ermäßigten Preisen zu haben. Alle Reisenden müssen gleichmäßig verangezogen werden.

Glückliche Gemeinden. Eine ungeheure Einnahme durch Holzverkauf hat eine Gemeinde Kessel-Otheim im Bezirk Hofgeismar dazu veranlaßt, den Steuerzahlern Brennholz umsonst zu liefern, ferner seine Steuer zu erheben und jedem Gemeindemitglied einen Zufluss von 400 Mark zu gewähren. Einen ähnlichen Beschluss faßte auch die Gemeinde Helmstedt. Sie gewährte den Gemeindemitgliedern einen Zufluss von 3000 M. — Und wir müssen ein Stundengeld für Holz bezahlen. So ist's richtig!

Die städtische Haarschneideszube. Zu einem originalen Kommunalreinigungsversuch haben die hohen Preise geführt, die jetzt von den Friseuren erhoben werden. Eine Gemeindehaarschneideszube soll in Mariendorf erscheinen. In der Gemeindevertretung wurde für die Einrichtung ein Beitrag von 4000 Mark beantragt. Erforderlich sind eine elektrische Haarschneidemaschine für 2000 Mark und verschiedene Gebrauchsgegenstände, wie Scheren, Bürsten, Komme usw. Die Bedienung wird ein Feuerwehrmann (er ist wohl gelehrter Friseur!) D. R. übernehmen. Die Versammlung genehmigte die erforderlichen Mittel. Der Preis für den Haarschnitt wurde auf 1 Mark für Erwachsene und auf 30 Pfennig für Kinder festgesetzt.

Jur Tagesgeschichte.

Wahlen unter dem Ausnahmezustand.

Von maßgebender Seite erfährt unser Berliner Vertreter: Bei den Regierungsstellen wird gegenwärtig die Frage in Erwägung gezogen, ob es angängig sei, für die Zeit des Wahlkampfes unter Durchführung der Reichstagswahlen den bestehenden Ausnahmezustand aufzuheben. Es scheint aber keine Neigung dazu zu bestehen, denn die Regierungsstellen weisen darauf hin, daß die Handhabung des Ausnahmezustandes gegenwärtig milde genug sei, um den freien Wahlkampf nicht zu beeinträchtigen. Es ist zwar nicht zu leugnen, daß ganz allgemein eine Verhügung unter der Bevölkerung eingetreten ist, und daß ernsthafte Pläne nicht im Gange sind. Die gänzliche Aufhebung des Ausnahmezustandes könnte indes dazu führen, daß unmittelbar nach den Wahlen enttäuschte Kreise ihrer Erregung Lust zu machen versuchen und die öffentliche Ruhe stören. Es wäre dann sehr peinlich, wenn infolgedessen die Regierung zur erneuten Verbürgung des Ausnahmezustandes schreiten müßte.

Auslegung der Wählerlisten.

Der Reichsminister des Innern hat durch eine im Reichsanzeiger veröffentlichte Bekanntmachung angeordnet, daß die Wählerlisten der Wahlparteien vom Sonntag, 9. Mai, bis Samstag, 16. Mai, ausgelegt werden müssen. Vor Auslegung der Wählerlisten haben die Gemeindeverstände bekannt zu geben, wo und wie lange die Wählerlisten zu jedermann's Einsicht ausgelagert werden, sowie in welcher Zeit und in welcher Weise Einspruch gegen die Wählerlisten erhoben werden kann. Die Bekanntmachung hat spätestens am 8. Mai zu erfolgen. Einsprüche gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Wählerlisten sind spätestens bis 16. Mai bei den zuständigen Gemeindeverträgen einzulegen.

Die deutschen Entschädigungen.

Der "Petit Parisien" will wissen, daß die Verbündeten bisher nur einen Meinungsaustausch über die Erziehung ihres Geschäftsträger in Berlin durch Botschafter geplänet, aber noch keine Entscheidung getroffen hätten. Immerhin sei kaum anzunehmen, daß die Gesandtschaften vor den deutschen Wahlen wieder bestellt würden. Das Hauptziel in den im Laufe der Woche in London zwischen Chamberlain und den französischen Sachverständigen stattfindenden Verhandlungen werde sein, ein Einvernehmen zwischen Frankreich und England über die deutsche Entschädigung herzustellen und den Anteil Frankreichs an den deutschen Zahlungen festzustellen. Hoffentlich werde man bei diesen Besprechungen, so meint das Blatt, begreifen, daß die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete allein anderen verongeht.

Die Wirtschaftskonferenz.

Wie uns aus Berlin gemeldet wird, wird die deutsch-französische Wirtschaftskonferenz voraussichtlich erst nach der Zusammenkunft in Spa, also etwa in der ersten Hälfte des Monats Juni zusammenentreten. Die Vorbereitungen werden noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Auf französischer Seite scheint man noch nicht eingehend an die Ausstellung des Programms vorangegangen zu sein, da dort noch viele Unklarheiten über das ganze Problem herrschen. Dagegen bemüht sich der französische Handelsminister Isaac eingehend, die französischen Wirtschaftskreise für die Besprechungen mit Deutschland zu interessieren.

Der Völkerbund.

Wie wir aus gut informierter Berliner Quelle erfahren, wird Italien mit Unterstützung Englands nach der Zusammenkunft in Spa die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund durchzuführen versuchen. Sollte das gelingen, so ist es selbstverständlich, daß dann auch ein deutscher Vertreter an der internationalen Regierung des Völkerbundes teilnehmen wird.

Die Amerikaner.

Wie uns aus Washington berichtet wird, sind die erfolglosen Bemühungen amerikanischer Politiker, den Friedenszustand mit Deutschland wieder herzustellen, darauf zurückzuführen, daß die maßgebenden Parteien des Senats auf den Abschluß eines neuen Friedensvertrages mit Deutschland hindrängen. Es ist schon jetzt mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß die Bemühungen, den Versailler Vertrag in abgeänderter Form vom Senat ratifizieren zu lassen, keinen Erfolg haben werden, und daß Amerika das Friedensproblem auf gänzlich neuer Basis wieder aufrufen muß.

Mächtige Naphtaquellen.

Wie die Prager Blätter melden, wurden in der Slowakei in zwei Komitaten so mächtige und ergiebige Naphtaquellen entdeckt, daß die Republik dadurch nach sachverständigen Schätzungen vollständig von der Petroleum- und Naphta-Einfuhr aus Polen, Rumänien und sogar aus Amerika unabhängig gemacht wird.

Blutige Zusammenstöße in Italien.

Laut "Giornale d'Italia" wurden bei einem Zusammentreffen zwischen Carabinieri und Manifesstanten ein Brigadier und mehrere Personen schwer verletzt. In Faenza (Emilia) gab es bei einer Demonstration einen Toten und mehrere Verwundete. In der Provinz Padua verursachte der landwirtschaftliche Streik schwere Auseinandisse. Man berichtet von einem Toten und mehreren Verwundeten.

Allerlei Nachrichten.

Streik der Arbeitslosen.

Im Deutschen Metallarbeiterverband besteht gegenwärtig eine Krise, die wiederum einen Beweis dafür gibt, wie die Massen den Führern entgleiten. Die arbeitslosen Metallarbeiter übermittelten dem Verbandsvorstand einen Beschluß, wonin sie die Erhöhung der städtischen Erwerbslosenunterstützung auf 12 Mark verlangten. Andernfalls stellten sie den Streik in Aussicht. Der Streik der Arbeitslosen, meinten sie, wäre so zu verstehen, daß sie sich jeder Kontrolle entziehen, die Gelder aber gewaltsam holen würden. Falls der Vorstand nicht für gerechte Arbeitsvermittlung sorge, so würden die Arbeitslosen sich für den halben Lohn anbieten. Der Vorstand berief eine Versammlung, um die Gemüter zu beruhigen. Der Bevollmächtigte konnte jedoch sein Referat nicht zu Ende führen, da ein ungeheuer Lärm losbrach und Biergläser und der gleichen gegen das Rednerpult geschleudert wurden.

Die Unzufriedenheit innerhalb des Verbands ist überhaupt groß. Man weiß dem Verband vor, daß der Verwaltungskörper immer losspieliger würde und daß bei der Stellenbesetzung eine Gewaltswirtschaft herrsche. Die beabsichtigte Erhöhung der Beiträge aufs Doppelte stößt auf großen Widerspruch. In der letzten Zeit sind rund 18 000 Mitglieder zur syndikalischen Kämpferorganisation übergetreten. Diese Vorgänge sind natürlich den radikalen Elementen im Metallarbeiterverband Wasser auf die Mühle und können eines Tages zu unliebsamen Überraschungen führen.

Neue Lebensmittel.

Nach dem vor kurzem erfolgten Abschluß des Lebensmittelabkommen mit den Vereinigten Staaten werden die ersten Transporte der zugesagten Lebensmittel in kürzester Zeit, wie von zuständiger Stelle versichert wird, in den Auslandshäfen Rotterdam und Hamburg eintreffen. Die in Hamburg ankommanden Transporte werden sofort von der zuständigen Reichsstelle in Berlin, der Reichsleistung- und Fleischstelle, übernommen und der Bevölkerung zugeführt werden. Über die in Rotterdam ankommanden Transporte verlauft noch nichts Bestimmtes, doch dürften diese vermutlich auf dem Landwege weiter gehen und an der deutschen Grenze ebenfalls von den zuständigen Reichsstellen übernommen werden.

Die Viehableitung.

Der belgische Abgeordnete Thibaut, der die Ableitung von Vieh durch Deutschland überwacht, erklärt, daß die Ableitung in befriedigender Weise verlaufen sei. Er sei überzeugt, daß die deutsche Regierung fest entschlossen sei, die Viehableitung schnellstens auszuführen. An den Verzögerungen, die durch Streik und die Besetzung Frankfurts eingetreten waren, sei die deutsche Regierung unschuldig.

Russisches Finanzexperiment.

Um "Daily Telegraph" berichtet ein diplomatischer Korrespondent über ein neues Finanzexperiment der Sowjetregierung wie folgt: Das neueste Experiment der Bolschewisten auf staatsfinanziellem Gebiete besteht darin, daß die Löhne in einer neuen und nur kurze Zeit gültigen Währung ausgezahlt werden. Die Noten sind in für jeden Monat verschiedenen Farben gedruckt und jeweils nur für einen Monat gültig. Dies bedeutet, daß der Lohnempfänger regelmäßig seinen ganzen Verdienst durch direkte Entnahmen in den Sowjetläden ausgeben muß, da das Publikum ein natürliches Widerstreben zeigt, solche Noten anzunehmen. Das Ziel dieser Notenausgabe ist dreifach: man will der zunehmenden Inflation und der Verschuldung des Staates begegnen, die Anhäufung privaten Eigentums, sogar in verschlechterter Währung, verhindern und das staatliche Handelsmonopol, das bis jetzt in grohem Maßstab umgangen werden konnte, durchsetzen. Man kann auch die Macht verstärkt haben, den Arbeiter zu ermutigen, sich in seiner jetz ziemlich beschränkten freien Zeit zu zerstreuen und die politische und finanzielle Tyrannie, unter der er lebt, zu vergessen. Über die Erfolge der Maßnahme, die nur in gewissen Provinzen versucht worden ist, ist noch nichts bekannt geworden.

Der Rest der Handelsflotte.

Die deutsche Friedensdelegation in Paris überreichte der Reparationskommission eine Denkschrift, in der in Ergänzung der von der deutschen Schiffahrtsdelegation bereits im März 1920 übergebenen ersten Denkschrift gezeigt wird, wie groß die Einfuhr der für Deutschland lebenswichtigen Rohstoffe vor dem Kriege war und wie diese Einfuhr sich nach dem Kriege veränderte und wie diese Einfuhr sich nach dem Kriege infolge der Wirkungen des Friedensvertrages einschränken müßte. Zugleich zeigt die Denkschrift, daß eine weitere Einschränkung im Hinblick auf die Volksgesundheit, die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung und die innere Ruhe und Ordnung nicht möglich ist. Es wird ferner statistisch dargestellt, wieviel von den eingeschafften Rohstoffen vor dem Kriege zur See nach Deutschland transportiert worden sind und welche Mengen dementsprechend von dem jetzt vermindernden und für Deutschland unbedingt notwendigen Rohstoffbedarf fünfzig zur See eingebracht werden müßten. Die für den Transport dieser Mengen Rohstoffe erforderliche Tonnage wird als dann berechnet und gezeigt, daß bei strittiger Durchsetzung des Friedensvertrages 700 000 Tonnen Schiffsträume fehlen würden. In der Erwartung, daß die Hälfte hierauf anderweitig beschafft werden kann, kommt die Denkschrift zu dem Ergebnis, daß Deutschland zur Vermeidung eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs 350 000 Tonnen seines eigenen, zur Übergabe an die Alliierten bestimmt Schiffsraumes aus weiteren 2 Jahren befreien werden müßte. Zum Ausgleich für die während dieser Zeit durch die Benutzung entstehende Verminderung wird die deutsche Regierung einen angemessenen Abschreibungssatz zahlen.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Beim Reichswehrministerium laufen täglich Gesuche aus allen Bevölkerungskreisen des Ruhrgebietes ein, die ein weiteres Verbleiben von Reichswehr und Sicherheitspolizei fordern und die der Besorgnis vor einem neuen Auftand Ausdruck geben. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung dauernd bemüht ist, die Ordnung im Ruhrgebiet sicherzustellen, und daher auch wie bekannt, Verhandlungen mit der Entente eingeleitet hat, damit sie hinreichenden Schutz in den bedrohten Gebieten befreien kann.

Die Lage in Düsseldorf.

Die wiederholten Nachrichten von einer Ansammlung bewaffneter Banden in der Gegend von Stolzenburg und Westen veranlaßten ein gemeinsames Vorgehen der Reichswehr, der Sicherheitswehr und der städtischen Polizei gegen diese Düsseldorfer Vororte. Es kam zu Gefechten. Die Notgarden verloren zwei Tote. Vier Verwundete wurden auf das besetzte Gebiet abgedrangt, wo sie entwaffnet wurden. Zwölf wurden im besetzten Gebiet gefangen genommen. Zwei Maschinengewehre und mehrere Gewehre wurden ihnen abgenommen.

Eine Militärverschwörung 1918.

Oberst Bauer wollte den Kaiser absetzen.

Karl von Wiegand, der Korrespondent des "New York American" hat den Obersten Bauer interviewt. Er hat den siebzehnjährig verfolgten Obersten im Leben und Treiben einer Stadt getroffen. Bauer hat ihm dabei unter anderem gesagt:

"Unter den irrigen Ausschreibungen ist die allgemeine Fiktion, daß die Oberste Heeresleitung unbedingt auf Deutschlands politische und militärische Maßnahmen absolute diktatorische Macht besessen habe, während sie in

Wirklichkeit nicht einmal auf militärischem Gebiete die Entscheidung habe. Die Oberste Heeresleitung war ja nur eine von den acht Instanzen, die den Kaiser umgaben. Der Generalstab mußte oft um das Notwendigste bitten, und auf die wichtigsten Entscheidungen mußten wir mitunter wochenlang warten. Man konnte den Kaiser nicht zu einer Entschlüsselung bringen. Am Januar 1918 erklärte ich Ludendorff, daß der Kaiser abgesetzt werden müsse, denn der Ausgang des Krieges sei gefährdet, und drang darauf, daß diesbezügliche Schritte getan würden."

Wiegand sagt hinzufügend, daß der Plan an Hindenburgs unerschütterlicher Position gescheitert sein soll. Diese und andere Schlußfolgerungen sollen in einem Buche an dem Bauer zur Zeit arbeiten, enthalten sein.

Der Polenkrieg.

Zum Kriege gegen Sowjetrußland erklärt der ukrainische Gesandte in Berlin, die große polnisch-ukrainische Offensive gegen die Sowjettruppen in der Ukraine, die bereits erhebliche Erfolge zeitigte, scheint der Aufstand zu einem umfassenden politischen und militärischen Vorgehen gegen Sowjetrußland zu sein. Nachstehende Unterredung mit dem Berliner ukrainischen Gesandten Dr. Potsch wirkt bemerkenswerte Schlagkraft auf die treibenden Kräfte dieses Unternehmens, dessen Tragweite heute noch nicht zu übersehen ist:

Der gemeinsame Vormarsch der ukrainisch-polnischen Truppen gegen die Sowjettruppen in der Ukraine ist das Resultat langer und sorgfältiger Verhandlungen zwischen der ukrainischen Direktorialregierung Petrus und der polnischen Regierung, die in einem Vertrag niedergelegt sind. Die Sicherung der nationalen Selbständigkeit der Ukraine ist der wichtigste Punkt des Vertrages mit Polen. Er bedeutet eine völlige Anerkennung der bisherigen polnischen Außenpolitik. Polen hat noch in dem Friedensangebot an Russland für die Begrenzung seines Territoriums die Grenzen des polnischen Reiches von 1772 gefordert. Das ist jetzt zum mindesten, was die Ukraine anstrebt, nach diesem Vertrag geändert. Die östliche, südliche und nördliche Grenze der Ukraine werden durch die Verhandlungen mit den Nachbarvölkern festgestellt werden. Im Westen hat Deutschland ein wirtschaftliches Loch, wir haben uns ein politisches Loch nach dem Westen geschaffen. Wir haben uns als Realpolitiker dazu verpflichtet, einige galizische Gebiete, die unbedingt ukrainischer Nationalität sind, den Polen zu überlassen. Wir gewinnen dafür aber die politische Selbständigkeit der Ukraine und die Möglichkeit unser Land nach der endlosen Kriegszeit wirtschaftlich, sozial und politisch aufzubauen. Man muss wissen, daß die erste Bolschewistenherrschaft Denklin am Widerstand der ukrainischen Bauern gescheitert ist. Auch heute erhebt sich die Herrschaft der Bolschewisten lediglich auf einzelne große Städte. Ihre Truppenmasse ist klein. Die Offensive wird durch diesen Umstand sehr erleichtert. Außer unseren ukrainischen und galizischen Truppen, die sich den Polen angegliedert haben, befinden sich etwa 30 000 Mann westlich Odessa. Diese Truppen waren aus taktischen Gründen zur Roten Armee übergegangen und haben sich jetzt unserer Offensive angeschlossen. Da sich außerdem auch noch im Norden von Odessa ukrainische und galizische Truppen befinden, so erwarten wir in wenigen Tagen die Eroberung Odessas durch unsere Truppen. Niemand ist bereits seit dem 1. Mai in unseren Händen, was selbst amlich deutsche Stellen bestätigt haben. Ich sehe voraus, daß die ukrainische und polnische Regierung eine so bedeutende politische Union nicht ohne Wissen und Willen der Entente unternehmen werden. Wir persönlich haben ein rein national-ukrainisches Interesse bei der ein Vormarsch im Auge. Der Wert des Vertrages mit den Polen liegt außer dem Erfolg des Vormarsches für uns darin, daß die Entente das Unternehmen billigt, denn das bedeutet de facto die Anerkennung der ukrainischen Selbständigkeit und der Direktorialregierung Petrus.

Radel beschreibt die Presseauslegungen über die russisch-polnische Lage. Der Endzug sei nicht zweifelhaft, aber man müsse ihn mit möglichst geringen Kosten und so rasch wie möglich herbeiführen. Russland müsse alle seine Kräfte anstrengen, wenn nötig auch unter teilweise Verzicht auf sein großes wirtschaftliches Programm. Mit solchen Maßnahmen sei nichts zu machen. Polens zusätzlicher Erfolg spannt die Gegenrevolution zu neuen Unternehmungen an. Er beeinträchtigt sicherlich die angekündigten Wirtschaftsverhandlungen mit der Entente. Die krasse Gegenfrage in Polen würden erst nach einer Niederlage voll zur Geltung kommen. Sofort nach der ersten schweren Niederlage würde es zu schweren Kämpfen zwischen den polnischen Parteien kommen. Jeder Versuch, Krieg zu führen, würde nur den Sieg verzögern.

Oberschlesien.

Wie unser Berliner Vertreter erfährt, besteht bei den Alliierten die Absicht, mit Beschleunigung den Termin der Volksabstimmung in Oberschlesien festzusetzen, damit die dort bestehende höchst gefährliche Spannung beseitigt wird. In Oberschlesien haben die deutsch-polnischen Gegenseite eine derartige Inspektion erfahren, daß die Alliierten den Ausbruch ernsthafter Verhandlungen befürchten müssen, wenn nicht bald nach einer Richtung hin eine Entscheidung fällt, die die nötige Entspannung zur Folge hat. Im übrigen ist die Stimmung der in der Industrie beschäftigten Arbeiter, die sehr radikal sind, entschieden gegen Polen. Die Kommunisten spielen sogar mit dem Gedanken, durch einen oberschlesischen Bergarbeiterstreik die Kohlenzufuhr nach Polen zu unterbinden, damit die polnische Angreifslust gegen die Bolschewiki gehemmt wird.

Aus dem besetzten Gebiet.

Koblenz, 4. Mai. Nach Mitteilung des Reichskommissars für die besetzten rheinischen Gebiete in Koblenz hat die Interalliierte Rheinlandskommission durch eine besondere Verordnung die Verordnung des Reichspräsidenten vom 17. Oktober 1919 (Reichsgesetzblatt Seite 1801), auf welcher die Errichtung der Reichsvermögensverwaltung für die befreiten rheinischen Gebiete bestimmt, zur Anwendung zugelassen. — Durch diese Verordnung ist das Verhältnis der Reichsvermögensverwaltung zu den alliierten Behörden geregelt.

Saarbrücken, 4. Mai. Wie der "Neue Saarfarmer" mitteilt, hat die Vereinigung französischer Industrie- und Handelsreisender im Saargebiet eine Handelskammer gegründet. Die Versammlung wählte den Vorsitz und Unterausschuß für die verschiedenen Teile des Handels und der Industrie.

Volkswirtschaftliches.

Die Forderungen der Krankenkassen. Bei den von den Ortskrankenkassen aufgestellten neuen Forderungen, die die Versicherungsbeiträge auf sieben Hunderttausend des Grundlohnes erhöhen, berichtet der "Berliner Volksanzeiger", daß für die höchste, lebhaft eingezogene Einkommensklasse mit 15 000 M. demgemäß 1050 M. Beiträge zu zahlen seien, also mehr als die meisten Angestellten jährlich für ihre Krankheit ausgeben. Dazu kommt ein 15 000 M. Einkommen noch eine reguläre Reichsabonnementsteuer von 2300 M.

Im Kohlenbergbau im Ruhrgebiet drohen, wie unser Berliner Vertreter erfährt, neue schwere Lohnkämpfe, nachdem die Bergarbeiterverbände zum 31. Mai den bestehenden Tarifvertrag gekündigt haben. Die Radikalen wollen es ausschließlich aus einem neuen Streit ankommen lassen, während die Regierung eifrig dafür plädiert, den Forderungen der Arbeiter entgegenzukommen. Der Ausgang der höchst gefährlichen neuen Lohnbewegung wird davon abhängen, ob es gelingt, eine Einigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeizuführen.

Der Arbeitsmarkt. Niever die Lage des Arbeitsmarktes im Monat März berichtet das jetzt erschienene Aprilheft des "Reichs-Arbeitsblattes":

Die politischen Ereignisse, die sich um die Mitte des Januar abspielten, der durch sie zum Ausbruch gebrachte Generalstreik und die nachfolgenden Unruhen haben ihre Wirkung auf die Gestaltung des Arbeitsmarktes nicht verloren. Die im Februar erzielbare Besserung, die sich noch vor die ersten Märzwochen fortgesetzt hatte, wurde unterbrochen. Anstatt sich durch Überstunden, auf die so große Faszination gezielt waren, zu steigern, sank die Kohlenförderung zeitweise auf ein kaum nennenswertes Quantum; Erholungen und Arbeitsausfälle traten in fast allen Betrieben der hauptsächlich von den Witten betroffenen Gebiete ein. Auch nachdem die unmittelbaren Folgenwirkungen in den wesentlichen Teilen überwunden waren, blieb noch vielfach eine starke Beunruhigung sowohl in Arbeit wie auch Unternehmertum zurück.

Die Abnahme der Zahl der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Erwerbslosen hat sich im März in bisheriger Weise fortgesetzt. Den Berichten der Demobilisierungskommission folge gab es im Reiche am 1. April im ganzen 331 116 unterstützte Erwerbslose gegen 363 011 am 1. März. Von der ersten Zahl entfielen auf das männliche Geschlecht 259 675 (im Vormonat 285 568), auf das weibliche 71 441 (im Vormonat 82 443). Die Zahl der familienangehörigen betrug am 1. April 313 196 gegen 349 627 am gleichen Tage des Vormonats.

Das Arbeitsangebot bei den öffentlichen Nachweisen zeigt zwar im ganzen genommen eine Abnahme — aus je 100 offenen Stellen entfielen im März 162 männliche und 33 weibliche Arbeitsuchende gegen 174 und 91 im Vormonat — doch war die Entwicklung bei den einzelnen Industriezweigen keine gleichmäßige. Einem wesentlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit zeigte nur das Spinnstoffgewerbe und das Baugewerbe: auf je 100 offenen Stellen 323 männliche und 273 weibliche Angebote gegen 355 Stellen bzw. 308 im Vormonat. Bei dem Baugewerbe stellte sich die Antragsziffer auf 175 gegen 231 im Februar. In der Metallindustrie ging das Angebot männlicher Arbeiter zurück, das der Arbeiterinnen stieg. Bei den fabriken Gruppen hielt sich die Abnahme der Stellensuchenden in engen Grenzen. Eine allerdings nicht sehr starke Zunahme der Arbeitsuchenden zeigen außer Nahrungs- und Getränkeindustrie die Holzindustrie und das Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe. Auch im Bergbau war eine Steigerung des Arbeitsangebots festzustellen, wenn es auch der Bedarf nicht im entferntesten erreichte; auf 100 offenen Stellen für Männer kamen im Berichtsmonat 71 Arbeitsuchende gegen 56 im Februar; Arbeitsangebot weiblicher Kräfte bestand hier nicht.

Mitteilungen.

Nürnberg. Am gestrigen Tag berichtete der "Times" in Konstantinopel, daß Paris nach kurzer Beschießung von den Sowjettruppen übergeben wurde. Es befindet sich schätzungsweise 1000 Mann von der Roten Armee in der Stadt. Außerdem steht eine Truppenabteilung in Nakhchis in der Nähe der Eisenbahlinie Baku-Tiflis.

Paris. Nach einem Habasbericht haben die megländischen Rebellen Juarez genommen und sind mit neuen Kräften im Anmarsch auf Chihuahua.

Paris. Das "Journal" stellt fest, daß der Zeitpunkt der Zusammenkunft zwischen Millerand und Lloyd George, um über das Programm von Spa zu beraten, noch nicht festgesetzt ist. Auch weiß man nicht, wo die Zusammenkunft stattfinden soll.

Romania. "Sozialdemokrat" veröffentlicht ein Rumänischer Radiotelegramm vom 30. April, wonach die gegenwärtige polnische Offensive auf Betreiben der Entente zum Teil der Franzosen erfolge.

Berlin. Der Abgeordnete Emanuel Wuttmann (U. S. P.) ist gestorben.

München. Der "Bayerische Kurier" erzählt von zufriedener Seite, daß Erzberger entgegen allen anderen Wünschen bei der Reichstagswahl in seiner schwäbischen Heimat wieder kandidieren werde.

Aus Nassau und Umgebung.

Nassau, den 6. Mai.

An unsere Leser!

In letzter Zeit häufen sich am Morgen des Ausgabe- tages die Inserate derart, daß die Herausgabe unserer Zeitung oftmals verzögert wird. Wir müssen nochmals dringend bitten, alle größeren Inserate und Einsendungen am Tage vorher, bis nachmittags 4 Uhr, einzusenden. Dagegen können kleine Inserate und Todesanzeigen am Ausgabetag, morgens bis 8 Uhr, noch Aufnahme finden.

In Zukunft werden unsere Träger das Zeitungsgeld in der Zeit vom 10. - 20. jeden Monats erheben. Wir bitten den Boten bei Vorzeigen der Quittung den Beitrag auszuhändigen zu wollen, damit unnötige Botengänge erspart werden.

Abholer müssen ohne Aufforderung jeden 15. eines jeden Monats das Zeitungsgeld entrichten.

Nassauer Anzeiger.

Auszeichnung. Herrn Polizeiwachtmeister Herrn wurde das Verdienstkreuz für Kriegshilfe verliehen.

Berufungsamt. Die Berufungsstelle Ober-Rathaus hält am 14. und 28. Mai im hiesigen Rathaus Beratungsstunden ab.

Schössengerichtssitzung am 6. Mai. U. D. von Nassau wird wegen Vergehens gegen die Reichsgetreideordnung zu 20 M. Geldstrafe evtl. 2 Tagen Gefängnis verurteilt. — H. L. aus Frankfurt-Rödelheim wird von der Anklage wegen Hausfriedensbruch freigesprochen. — R. M. aus Singen wird von der Anklage betr. Diebstahl einer Maulwurfsfalle freigesprochen. — Ehefrau M. Sch. aus Dausenau wird der Teilnahme an einem Festschießstahl nicht für überführt erachtet und freigesprochen.

— Wir erhalten folgende Zuschrift zur Veröffentlichung:
Auf zur Hohenlay bei Nassau.

Da wir Turner des Unterlahnkreis an der am 9. Mai 1920 stattfindenden Gauturnfahrt des Lahn-Dill-Gau es nach dem Heidehäuschen bei Hadamar nicht teilnehmen können, werden wir eine Turnfahrt nach der Hohenlay bei Nassau machen. Es ergeht daher an Euch alle die Bitte Euch an dieser Turnfahrt recht zahlreich zu beteiligen, damit wir den Vereinen der oberen Lahn, des Westerwaldes und der Dill zugänglich können, doch auch bei uns Turnern der unteren Lahn noch rechte Lust und Liebe zum Wandern vorhanden ist. Also nochmals, erscheint in großer Zahl am 9. Mai 1920, vormittags 8 Uhr, auf der Hohenlay bei Nassau a. d. Lahn.

Hinweis. Auf die heute abend im Gasthaus "Zum Hirsch" (Paulus) stattfindende Versammlung der Ortsgruppe Nassau der Deutschen Volkspartei wird an dieser Stelle nochmals hingewiesen.

Vom Reichskursbuch wird Anfang Juni eine neue Ausgabe zum Preise von 16 M. erscheinen. Interessenten können es beim hiesigen Postamt bestellen.

Von der Post. Von jetzt ab können Postpakete (d. h. Pakete bis zum Gewicht von 5 Kilogramm) ohne Wertangabe nach Spanien auch zur Beförderung über Hamburg mit direkt nach Spanien fahrenden deutschen Schiffen angekommen werden. Über alles Nähere erteilen die Postanstalten Auskunft. — Nach Ungarn sind fortan gewöhnliche und eingeschriebene Briefe wieder geslossen zugelassen. Die Einführung ungefährter österreichisch-ungarischer Banknoten ist verboten und wird in Ungarn schwer bestraft.

Mittelberg, 6. Mai. Unserem Bürgermeister Herrn Kreidel wurde das Verdienstkreuz für Kriegshilfe verliehen.

Schweighausen, 5. Mai. Dem Gemeinderechner Herrn August Pfeifer wurde das Verdienstkreuz verliehen.

Eingesandt.

Seit Jahr und Tag wird in Elternkreisen unseres Städtchens Klage geführt über die höchst unzureichende Zusammenziehung der städt. Schuldeputation, als einer Organisation, die über das Wohl und Wehe unserer Schule bisher zu entscheiden hatte und auch trotz Elternbeitrag in Zukunft die maßgebende Körperschaft zu bleiben scheint. Nicht eines der Mitglieder hat zur Zeit auch nur 1 Kind selbst in die Schule gehen. Und das mühte in unserer vielgepreisten demokratischen Zeit Vorbedingung sein für die Mitgliedschaft wenigstens der nicht zur Schule zählenden Kandidaten. Um diesem Schaden abzuheben, wählte man vor einiger Zeit ein weiteres Mitglied mit schulpflichtigen Kindern. Nachdem die Wahl getätigkt war, stellte es sich aber heraus, daß diese Kinder bereits lange aus der Schule sind. Mutet das nicht schäbigerlich an? Nun hatte man dieser Tage ein sachkundiges Mitglied für dieselbe Körperschaft zu wählen. Allerdings tagt dieselbe stets, — oder besser gesagt — ein zweimal im Jahr in aller Stille unter Ausschluß der öffentlichen Meinung. Und siehe da, es fand sich in Nassau nur noch 1 Fachkundiger als Mitglied, und zwar in der Person des dritten Pfarrers, d. h. wir haben unter den Mitgliedern der Körperschaft 3 Pfarrer — sage und schreibe — und außer dem Schulleiter einen einzigen Lehrer! Nun möchte ich einmal die Herren Wähler gefragt haben, wen sie etwa bei Beurteilung eines Baues zu Rate ziehen? Ich denke doch einen Baumeister und nicht etwa einen Bäcker oder Schuhmachermeister! Und in einer so wichtigen Sache wie dieser, geht man von jeder vernünftigen Richtschnur ab, um, wie es scheint, nicht einen „Unbekümmerten“ zu treffen.

Ich erkenne es völlig an, daß von allen weiteren Mitgliedern gerade die Pfarrer die berufensten sind, und das noch bestehende Gejeh jagt daselbe. Aber mit zwei Pfarrern wäre es doch wirklich genügend gewesen. Und wenn ausdrücklich ein sachkundiges Mitglied gewählt werden sollte, weshalb denn wählt man nicht wirklich ein solches in der Person eines Lehrers, oder eignet sich ein solcher nicht dafür?

Und haben wir nicht Lehrer, die ebenfalls und oben drein als Eltern in Betracht kommen? Lag es nicht auch an der interessolosen Zusammenziehung der Schuldeputation, daß so wichtige Fragen wie die Schularzt- und Zahnarztfrage und noch manche andere bis heute nicht gelöst sind? Das kleinste Dörfchen auf dem Westerwald war uns bis heute darin über. Die neuesten Krankheitsscheinungen unserer Tage auf schulpolitischem Gebiet werden vielfach von Hartnäckigkeit noch übertroffen von manchem chronisch gewordenen reaktionären Leiden.

Nachrichten des Wirtschaftsamtes der Stadt Nassau.

Reichsware.

Es ist Baumwollstoff erhältlich. Preis per Meter 9,20 M. Die Ware eignet sich zur Herstellung von Schürzen, Kinderkleidern, Portieren, Tischdecken usw. Muster ist in dem Geschäft der Frau Wilh. Paul Wm. ausgelegt. Dieses Geschäft nimmt am Samstag, den 8. Mai 1920, auch Bestellungen entgegen. Bestellung verpflichtet zur Abnahme.

Gottesdienstordnung

Sonntag, den 9. Mai 1920:

Evangel. Kirche Nassau.

Vorm. 10 Uhr: Herr Pf. Lic. Freienius. Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst. Nachm. 2 Uhr: Herr Pf. Moser. Christenlehre für die weibliche Jugend. Die Amtshandlungen hat Herr Pf. Lic. Freienius.

Samstag, den 8. Mai, abends 8½ Uhr, findet die Vorbereitung für den Kindergottesdienst statt.

Kathol. Kirche Nassau.

Vorm. 7½ Uhr: Frühmesse. 10 Uhr: Hochamt. Abends 8 Uhr: Maien-Andacht.

Dienenthal.

Vorm. 10 Uhr: Predigt. Nachm. 2 Uhr: Christenlehre.

Obernhof.

Vorm. 10 Uhr: Predigt.

J. Nr. 2. 4027.

Die 3, den 30. April 1920

Bekanntmachung.

Betrifft: Brot- und Mehlprefestsetzung.

Die Einfuhr ausländischen Getreides zu hohen Preisen, die Erhöhung der an die Landwirtschaft zu zahlenden Lieferprämien und der Mahlöhne der Mühlen, sowie die Steigerung der Besteckungskosten im allgemeinen haben bei der Reichsgetreidefeste einen Milliarden-Fehlbetrag verursacht. Da es ausgeschlossen war, diesen Fehlbetrag auf das Reich zu übernehmen, mußte eine bedeutende Erhöhung der Mehlpredise vorgenommen werden, um den Fehlbetrag wenigstens teilweise zu decken. Die selbstwirtschaftenden Kommunalverbände, zu denen der Unterlahnkreis gehört, werden zur Deckung des Fehlbetrages dadurch herangezogen, daß sie auf jeden Doppelzentner Getreide, den sie vom 3. Mai ab verbrauchen, Mk. 120 an die Reichsgetreidefeste abführen müssen. Diese Maßnahme treibt auch im Unterlahnkreis die Mehlpredise wesentlich höher, wodurch naturgemäß auch eine bedeutende Erhöhung des Brotpreises verursacht wird.

Der Kreisausschuß hat daher nach Anhörung des Versorgungsausschusses auf Grund der §§ 59, 60 und 80 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 vom 18. Juni 1919 — R. G. B. S. 535-562 — mit Wirkung vom Montag, den 3. Mai d. Js. ab für den Unterlahnkreis die Brot- und Mehlpredise wie folgt neu festgesetzt:

1. für Roggenbrot, am ersten Tage gewogen 4 Pf. schwer, 4,20 Mk.
2. für Roggenbrot, am ersten Tage gewogen 2 Pf. schwer, 2,10 Mk.
3. für Weizenbrot, am ersten Tage gewogen 4 Pf. schwer, 4,40 Mk.
4. für Weizenbrot für Kranke, am ersten Tage gewogen 1400 Gr. schwer, 3,40 Mk.
5. für Brötchen, frisch 70 Gr. schwer, 0,25 Mk.
6. für Roggenmehl, das Pfund 1,30 Mk.
7. für Weizengehl, das Pfund 1,35 Mk.
8. für Weizenauszugsmehl, das Pfund 1,50 Mk.

Wer die Höchstpreise überschreitet, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

J. B.
Scheuer.

Bekanntmachung.

Gemäß Anordnung der Kreisdelegation ist das von Besatzungsstruppen i. St. zurückgelassene Material wie Bettstellen, Strohläcke, Bettüberzüge, Spaten, Waffen, Wagenräder usw. an die Gestaltung zu überführen. Abgabe hat in Nassau in der Königsbacherbrauerei zu erfolgen. Vorherige Meldung von der Abgabe ist auf dem Rathause, Zimmer 5, zu erstatten.

Nassau, 6. Mai 1920.

Die Polizei-Verwaltung: Hasenclever.

Bekanntmachung.

Die am 5. Mai d. Js. abgehaltene Holzversteigerung im Distrikt 348 Strang ist genehmigt worden. Die Überweisung des Holzes erfolgt Samstag, den 8. Mai, vormittags 10 Uhr, an Ort und Stelle.

Nassau, 6. Mai 1920.

Der Magistrat:
Hasenclever.

Gewerbliche Fortbildungsschule.

Der Unterricht der Dienstag-Abteilung (Zeichnen und kaufen, Klasse) wird ausnahmsweise nächste Woche a. Mittwoch, den 12. d. M., verlegt.

Der Schulleiter: Gaul.

Einladung

zu der am Mittwoch, den 12. Mai 1920, nachm. 3 Uhr, in Diez, i. Lokale Wihl. Magen, Rosenstr., stattfind. Vorstandssitzung mit um 4 Uhr Generalversammlung des Kreisverbandes für Handwerk u. Gewerbe im Unterlahnkreis zu Diez.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht, 2. Benutzung der Geschäftsstelle, 3. Wahl einer Rechnungsprüfungskommission u. Kassenrevision durch dieselbe, 4. Wünsche und Anträge.

Wünsche und Anträge sollte man bis zum 11. Mai beim Vorstand geltend machen.

Diez, den 29. April 1920.

gez.: Karl Bühl, Vorsitzender.

Holzwaren

wie Kleiderbügel, Holzlöffel, Kartoffelstampfer, Salatbesteck, Fleischbreiter, Frühstücksbretchen, Löffelhalter, Löffelgarnituren, Quirle, Handtuchhalter, Fahrräder, Mehlsiebe, Nudelrollen, Garderobenleisten u. s. w. empfohlen

Chr. Arzt, Schorb- u. Stuhlflechterei,

Nassau, Römerstraße 12.

Vereinsnachrichten.

Turngemeinde. Jeden Dienstag und Freitag Abend 8 Uhr Turnstunde.

Samstag abend 8,45 Uhr bei

Gastwirt Köhler: Spielerver-

sammlung. Alles zur Stelle.

Turn-Verein Bergna-

s

Photogr. Atelier Willy Bramm

Bad Nassau

Für Aufnahmen jeglicher Art den ganzen Tag geöffnet
Sonntags von 9 Uhr vorm. bis 6 Uhr abends
Anfertigung sämtlicher Arbeiten für Amateure
Vergrößerungen werden unter Garantie auf Uhnlückheit in schwarz, Sepia
und Malerei geliefert
Bei groß. Aufträgen in Vereins-, Gruppen- und Familien-Bildern Preis-
ermäßigung
Bei Aufträgen außer dem Hause genügt Benachrichtigung durch Postkarte

Denk an Dein Kind!

Soll es gesund und kräftig sein und bleiben -
gib ihm täglich

Dr. Detter's Eiweiß-Nahrung

Urfrast



Närrlich empfohlen.
Inhaber: Dr. Detter's Eiweiß-Nahrung Urfrast
Drogerie-Apotheke, morg. und nachm. offen
Trocknungswerk Dettler & Co. G.m.b.H.
Bielefeld.

Lächerliche Gerichtsszenen.

Im allgemeinen denkt man ja beim Worte Gericht an etwas sehr Ernstes und ungemein Würdiges; doch kommt es vor, daß zuweilen Ernst und Würde auch im den Räumen der Göttin Justitia nicht mehr gewahrt werden können. Da hat kürzlich ein englischer Geschichtsschreiber seine "Denkwürdigkeiten" herausgegeben (warum auch nicht) und darin auch einige ihm in der Erinnerung haf-ten gebliebene lustige Vorommisse des Gerichtssaales niedergelegt.

Ein Vogelhändler hatte einen Papagei verkauft und dem Käufer erzählte, der Vogel sei zahm und könne im Gegenseit zu anderen Papageien; auch Kinder können mit ihm spielen. Der Käufer aber fragte nun gegen den Händler, weil der Papagei sehr böswillig sei, auf Zurücknahme des Tieres und Schadenersatz. Der Händler hielt vor Gericht seine Behauptung aufrecht. Der Käufer hätte wahrscheinlich nicht verstanden, daß das Tier richtig zu behandeln. Er forderte daher den Richter auf, einen Finger in den Bauch zu stecken, der Vogel werde sicherlich einen Fuß zum Gras erheben. Der Richter gehorchte. Im selben Augenblick durchzitterte ein markenschüchternder Schrei die Luft des Saales. Der Vogel hatte durchaus keine Ehrerbietung vor dem Gericht bewiesen, sondern den Richter kräftig in den Finger gebissen. Sobald der Richter verbunden war, verurteilte er den Vogelhändler gemäß dem Klageantrag.

Ein andermal fanden zwei russische Leute vor Gericht. Sie hatten an einem Wettkampf teilgenommen, und der eine hatte den ersten Preis gewonnen. Der zweite Läufer aber behauptete, daß bei der Preiströdelung ein Irrtum unterlaufen sei; denn in Wirklichkeit habe er zuerst das Ziel erreicht. Auch Zeugen behaupteten das Gleiche. Der Richter verkündete nun als Beweisstück, daß beide Wettkämpfer dieselbe Strecke nochmals durchlaufen sollten, und zwar in Gegenwart des Gerichts. Der Alte befand in der Tat dabei recht.

Ein Baudenkunstler klaglierte einmal gegen eine Varietétheaterbesitzer. Der Direktor hatte ihn wegen angeblicher Unzähligkeit verabschiedet. Der Verklagte behauptete, die Verabschiedung sei mit Recht erfolgt, da die Tatsache des Baudenkunstlers alt und bekannt, auch leicht durchsichtig sei. Der Richter wußte sich nicht anders zu helfen, als daß er den Künstler bat, einen Teil seiner Kunststucke im Saal zu vollführen. Das tat dieser, und erweckte die ungeteilte Bewunderung aller Zuschauer, so daß er als Sieger hervorging.

Ein ähnlicher Fall ging freilich weniger gut aus. Da war ein Geigenspieler wegen angeblicher Unzähligkeit entlassen worden. Der Gastwirt in Liverpool erklärte, das Geigenpiel des Musikers vertriebe die Gäste, stell sie anzuzeigen. Er solle einmal vor Gericht Geige spielen. Der Richter war einverstanden. Aber schon nach zwei Minuten verläubte der Richter, der Gastwirt sei im vollen Recht; denn selches Geigenspiel sei unausstehlich.

Zum Schluss mag eine kleine Ehescheidungsszene wiedergegeben werden. Die Frau klaglierte gegen ihren Mann wegen Untreue, der Mann behauptete, das Temperament seiner Frau sei unerträglich. Nach langerer Verhandlung rückte der Vorsitzende einige Fragen an die Klägerin. Sie antwortete, aber der Richter schien schwerhörig zu sein; denn sie mußte ihre Antworten beständig wiederholen. Und schon nach wenigen Minuten war die Frau aufgeflogen im Anschluß vor Wut. Und so ergoß sie die vollen Schalen ihres Zornes über die Mitglieder des Gerichts, namentlich sie vollendete Karren und dem Vorsitzenden eine flauschige Ohrfeige. Der Richter hatte natürlich nur den Schwerhörigen gespielt, um das angeblich unerträgliche Temperament der Dame zu prüfen. Wie das Urteil aussieht, läßt sich denken.

Bermischtes.

Das gefräsigste Tier wird wohl das austarrende Känguru sein; es erfreut sich eines ganz ausgezeichneten Appetits; sein durchschnittlicher Nahrungsbedarf ist der von sechs Schafen zusammengenommen. Kängurus sind daher für Tiergärten besonders kostspielige Gäste.

Galizische Silberschieber. In einem Hause der Windestraße in Frankfurt a. M. nahm die Kriminalpolizei bei verdächtigen Silberschließern eine Haftsuchung vor. Während die Beamten die Wohnung durchsuchten, waren die Inhaber einige Male aus dem Fenster in den Hofgarten. Es war Silbergeld im Wert von ungefähr einer Viertelmillion, das von dem Hausbesitzer sofort in Sicherheit gebracht und dann der Polizei übergeben wurde. Als die Schieber sahen, daß sie um ihre Beute gekommen waren, gingen sie gegen den Hausbesitzer und drohten ihm das Haus anzuzünden, so daß dem Mann nichts übrig blieb, als den Schutz der Polizei in Anspruch zu nehmen.

Grubenunglüc. Auf dem Wilhelmsschacht in Bösdau i. S. sind neun Männer der Belegschaft durch Flößbrand eingeklossen worden. Man glaubt, daß sie nicht sind. Die Rettungsarbeiten werden fortgesetzt.

Sommersproffen,

braune, fleckige Haut, Lebensdiele verschwinden wie abgewaschen, auch Pickel, Mittesser Auskunft frei, nur Rückmarke erwünscht.

Zollausseher Osburg,
Heiligenstadt, (Eichsfeld).

Ordentl. Mädchen

bei hohem Lohn und guter Verpflegung u. Behandlung gesucht.
Grau Oberlehrer Pfugmacher
Bad Ems, Lahmstr. 371.

Junges Mädchen

für leichte Hausarbeit für ganz oder auch mittags sofort gesucht.
Von wem, sagt die Geschäftsst.

Kursnotiz mitgeteilt von der Nass. Landesbank

%		Geld	Brief
4	Nass. Landesbank	102,50	102,50
2½	dto.	94,-	94,-
3½	dto.	90,-	90,-
3	dto.	80,-	80,-
4	Frankf. Hyp.-Bank	103,30	103,30
3½	dto.	92,-	92,-
4	Frankf. Hyp.-Creditverein	102,25	102,25
3½	dto.	84,-	84,-
5	Deutsche Reichsanleihe	70,75	70,75
4	dto.	75,30	75,30
3½	dto.	68,30	68,30
3	dto.	-,-	-,-
	Devisen		
	Frankreich	339	340
	Holland	2038	2038
	Schwaz	900	992
	Schweden	1188	1191

Bekanntmachung.

Gemäß § 6 des Ortsstatus betreffend das Feuerlöschwesen der Stadt Nassau wird hierdurch bekannt gemacht, daß sich bei dem nächsten Brande, Läuten der im Turm der hiesigen evangelischen Kirche befindlichen Glocke, nur die Mitglieder des 2. Viertels unverzüglich einzufinden haben. Zum 2. Viertel gehören: Schulstraße, Emserstraße, Schloßstraße, Brückengasse, Römerstraße, Kirchstraße, Lahmstraße, Kettenbrückstraße, Bahnhofstraße, Furt und Koppelhecke.

Nassau, 5. Mai 1920.

Die Polizei-Verwaltung: Halencler.

Bekanntmachung.

Im kommenden Jahre beabsichtigt der Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung ein

Gedächtnisbuch

aller im Weltkriege gefallenen Nassauer herauszugeben.

Diesem dem Andenken unserer Helden geweihte Buch soll in würdiger Ausstattung die Namen aller Nassauer enthalten mit Angaben über Ort, Jahr, Tag der Geburt, Name und Stand der Eltern, Beruf, Beteiligung am Weltkriege, Angabe des Truppenteils, usw. Militärische Ehrenzeichen, Ort und Tag des Todes.

Die Gemeinden sind vom Vereine mit Sammeln der Nachrichten beauftragt worden.

Wir richten an die hiesigen Einwohner die Bitte bis spätestens am 1. Juni 1920 uns die erforderlichen Unterlagen einzusenden oder dienterhalb auf Zimmer Nr. 5 des Rathauses vormittags sprechen zu wollen.

Nassau, 3. Mai 1920.

Der Magistrat: Halencler.

Deutsche Volkspartei Ortsgruppe Nassau.

Freitag, den 7. Mai 1920, abends 8½ Uhr, im Gasthaus "Zum Hirsch" (Paulus):

Öffentliche Versammlung.

Herr Parteisekretär Jeuk-Wiesbaden wird über "Bestrebungen und Ziele der Partei" sprechen.

Es lädt ein

Der Vorstand.

Sportverein „Nassovia“ Nassau.

Samstag abend 8½ Uhr im Saale des Gastwirts Paulus:

Monatsversammlung.

Tagesordnung.

1. Kreistagsbericht.
2. Bezirkstag 16. Mai in Nassau.
3. Spiel Rheinmannshof: Lahmannshof in Nassau 16. Mai.
4. Verschiedenes.

Die äußerste Dringlichkeit und Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen sämtlicher Ehren-, inaktiven und aktiven Mitglieder.

Der Vorstand.

Bienenzuchtverein.

Sonntag, den 9. Mai, 3½ Uhr:

Mitgliederversammlung

bei Gastwirt Fischbach Bergnassau.

Tagesordnung: 1. Rechnungsablage.

2. Vortrag.

Freunde der Bienenzucht sind willkommen.

Für Aufnahmen jeglicher Art den ganzen Tag geöffnet
Sonntags von 9 Uhr vorm. bis 6 Uhr abends
Anfertigung sämtlicher Arbeiten für Amateure
Vergrößerungen werden unter Garantie auf Uhnlückheit in schwarz, Sepia
und Malerei geliefert
Bei groß. Aufträgen in Vereins-, Gruppen- und Familien-Bildern Preis-
ermäßigung
Bei Aufträgen außer dem Hause genügt Benachrichtigung durch Postkarte

Die einzige, zuverlässige und mit vollem Erfolg an-
gewandte Methode in der Behandlung des Bruches und seiner
Folgen ist mein konkurrenzloser Spezialapparat, denen noch
nie dagewesene federnden Peletten den Bruch wie die
Hand von unten nach oben und daher richtig im Körper zu-
rück hält. Angefertigt ohne Stahlfedern also federlos,
einzig aus Leder und nach Maß gearbeitet, sichert und befestigt
ohne zu quälen; Tag und Nacht tragbar und verkleinert
daher die schwersten Brüche. **Schriftliche Garantie.** Von
Mezzen geprüft und als einzig richtigen Schutz anerkannt.
Deshalb zögert nicht mehr, lasst alle übrigen unnützen Heil-
methoden und besuchet meine kostenlose Sprechstunde von 9
bis 3 Uhr. Prüft und überzeugt Euch. Der Vertreter des
Spezialisten empfängt Männer, Frauen und Kinder am:

Sonntag, den 9. Mai in Bad Ems im Hotel „Allemannia“,
Montag, den 10. Mai in Nassau im Gasthaus „zur Krone“,
Dienstag, den 11. Mai in Diez im „Hof von Holland“,
Mittwoch, den 12. Mai in Limburg Hotel „zur alten Post“.

Für Damen neueste, verbesserte Apparate für Ge-
bärmuttervorfälle.

P. Ginder, Spezial-Bandagist, Saarbrücken 3,
Viktoriastraße 30.

Zu den Pfingstfeiertagen

offeriere:

Herren-, Burschen- u. Knabenanzüge
in la Qualitäten und bester Verarbeitung.

Alb. Strauss, Nassau-Lahn.

EEEEE

Konsumverein f. Wiesbaden u. Umgegend

e. G. m. b. H.

Filiale Nassau (Haus J. W. Kuhn)

Fernruf Nassau Nr. 3.

Wir empfehlen unseren Mitgliedern:

Kolonialwaren, Schokoladen, Kakao,
Rot- u. Weißweine, Kognak, Limonaden,
Stets frisch gebrannten Kaffee.

Zigarren, Zigaretten und Tabake
in großer Auswahl zu möglichen Preisen.

Reimfähige Sämereien in allen Sorten.

Haus- und Küchengeräte, landwirtschaftl.
Artikel, Eisenwaren, Werkzeuge, Farb-
waren.

Wer seine wirtschaftl. Lage verbessern will, trete der
Genossenschaft als Mitglied bei. Eintrittsgeld 50 Pf., Ge-
schäftsanteil lt. Statut 50 Mk., zahlbar in 5 Jahren, bei so-
fortiger Einzahlung erfolgt Verzinsung mit 4%.

Festgelebter Rabatt auf alle Einkäufe 4%, welcher am
Jahresende in bar ausgezahlt wird.

Der Vorstand.

EEEEE

Brennholz! zu kaufen Waldbestände!

z. Selbst-
fällung.

Gustav Nebelung, Frankfurt a. M.,
Wittelsbacher Allee 4. Telefo. Hanja 533.

Prima Handkäse
empfiehlt N. Hermes.

Naphthalin-Campher
sich. u. angenehm. Mittel geg.
Motten

empfiehlt Drog. Trombetta.

Schöne Tomaten-
pflanzen, sowie alle
Sort. Gemüsepflanzen

empfiehlt N. Hermes.

Kükentutter
empfiehlt N. Hermes.

Spazierstöde
in großer Auswahl
eingetroffen.

Alb. Rosenthal, Nassau.